

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
I. Vorbemerkung	1
II. Historischer Abriß der gesetzlichen Vorschriften betreffend die strafbefreiende Selbstanzeige bei Steuerstraftaten	2
1. Die gesetzliche Entwicklung bis zur Einführung des § 410 AO durch das Gesetz vom 22.05.1931	2
2. § 410 RAO i.d.F. des Gesetzes vom 20.04.1949	3
3. Die Neufassung des § 410 AO durch das Gesetz vom 07.12.1951	6
4. Gesetzesentwicklung bis zur Einführung des § 371 AO	7
III. Die Selbstanzeige gemäß § 371 AO im Verhältnis zu persönlichen Strafaufhebungsgründen im übrigen Strafrecht	8
1. Die Selbstanzeige als persönlicher Strafaufhebungsgrund	8
2. Anforderungen an persönliche Strafaufhebungsgründe im übrigen Strafrecht	10
IV. Die gesetzgeberische Motivation zur Schaffung des § 371 AO	15
1. Die fiskalische Motivation des Gesetzgebers	16
2. Der Versuch einer rechtsethischen Rechtfertigung des § 371 AO	18
3. Stellungnahme zum Gesetzeszweck des § 371 AO	20
V. Der Aufbau des § 371 AO	26
1. Die positiven Tatbestandsmerkmale des § 371 Abs. 1 AO	26
2. Die Nachentrichtungspflicht gemäß § 371 Abs. 3 AO	28

VI. Grundsätze der negativen Wirksamkeitsvoraussetzungen des § 371 Abs. 2 AO	30
1. Die Rechtssicherheit als Auslegungskriterium des § 371 Abs. 2 AO	30
2. Grenzen der statthaften Auslegung bei den negativen Wirksamkeitsvoraussetzungen des § 371 AO	33
3. Die negativen Wirksamkeitstatbestände des § 371 Abs. 2 AO als zeitliche Grenze der strafbefreienden Selbstanzeige	36
VII. Die gesetzgeberische Motivation der negativen Wirksamkeitsvoraussetzungen	38
1. Fiskalische Motivation auch hinsichtlich der negativen Wirksamkeitsvoraussetzungen	38
2. Entbehrlichkeit der Mitwirkung des Steuerpflichtigen bei Eingreifen der Tatbestände des § 371 Abs. 2 AO aus Sicht des Gesetzgebers	40
3. Keine rechtsethische Motivation des Gesetzgebers hinsichtlich der negativen Wirksamkeitsvoraussetzungen	48
VIII. Der Verlust der Möglichkeit strafbefreiender Selbstanzeige nach Erscheinen eines Amtsträgers zur Prüfung oder Ermittlung	50
1. Die beim Tatbestand des Erscheinens eines Amtsträgers zu beachtenden Grundsätze	50
2. Der Begriff des Erscheinens	51
3. Der Prüfungsort im Bezug auf das Tatbestandsmerkmal des Erscheinens	54
4. Die Kenntnis des Steuerpflichtigen vom Erscheinen	56
5. Das Erscheinen des Amtsträgers zum Zwecke der Prüfung oder Ermittlungen	65

6. Beschränkung des Prüfungszwecks in § 371 Abs. 2 Nr. 1 a AO durch die Prüfungsanordnung	67
7. Umfang der Sperrwirkung durch Erscheinen eines Amtsträgers zur Prüfung oder Ermittlung bei der Konzernbetriebsprüfung	75
IX. Umfang der persönlichen Sperrwirkung durch Erscheinen eines Amtsträgers zum Zwecke der Prüfung oder Ermittlung	77
1. Die Sperrwirkung bezüglich des geprüften Steuerpflichtigen	77
2. Zur Person des Steuerpflichtigen, bei dem der Amtsträger erscheint	78
3. Umfang der persönlichen Sperrwirkung beim Erscheinen im Betrieb	80
X. Ergebnisse der Untersuchung	90